

Álvaro García Linera, ehemaliger Vizepräsident (unter Evo Morales) von Bolivien: "Das nationale Volksprojekt, das die MAS (Bewegung zum Sozialismus) postuliert hat, ist nach wie vor die unübertroffene Vision dieser Zeit". 23.10.20, (Linera noch im Exil in Argentinien)

Bolivians Schicksal ist nicht vorbestimmt

Von Mario Santucho, Revista Crisis

Was ist die historische Bedeutung dieses Ereignisses (die Wahl im Nov. 2020)? Warst du überrascht von dem, was passiert ist?

Ich war überrascht über das Ausmaß des Sieges. Wir wussten, dass wir gewinnen würden, aber wir haben die Dimension des Sieges nicht vorausgesehen. Als die ersten Zahlen über unseren Vorsprung vor dem Kandidaten mit den zweitmeisten Stimmen eintrafen, war ich sehr berührt und glücklich. Für Bolivien bedeutet dies, dass das nationale Volksprojekt, das die MAS postuliert hat, nach wie vor den unübertroffenen Horizont in dieser Zeit darstellt. Dieses Projekt wurde im vergangenen Jahr nicht besiegt, es war lahmgelegt. Man besiegt etwas, wenn man ihm seine moralische Stärke oder seine Energie entzieht. Aber das ist nicht geschehen. Die Opposition hatte dank offenkundiger Probleme bei uns und einer nicht sehr hohen Wahlbeteiligung die Oberhand gewonnen. Doch das Entscheidende ist das, was jetzt geschieht, nachdem das Projekt, das sie letztes Jahr mit Gewalt lahmzulegen und zu beseitigen versuchten, mit beeindruckender Lebendigkeit wiedergeboren wurde, denn seine Energie ist noch nicht erschöpft, es ist noch nicht auf dem absteigenden Ast. In diesem Sinne ist das Projekt der MAS weiterhin, für soziale Integration, Wirtschaftswachstum und Umverteilung des Wohlstands einzutreten, es bleibt der Horizont dieses neuen Jahrzehnts, das vor uns liegt. Und für den Kontinent denke ich, ist die Lektion, dass man nicht scheitert, wenn man auf Prozesse setzt, die vor allem den einfachsten, bedürftigsten und arbeitssamen Menschen zugute kommen. Man mag Probleme haben, man mag Schwierigkeiten bekommen, man mag Rückschläge erleiden, diese Wendungen und Umschwünge die auftreten, aber es ist ein Pakt im Einklang mit der Geschichte. Im Gegensatz zu jenen Projekten, die darauf setzten, sich auf die Seite der Unternehmen, der Reichen, der Privilegierten zu stellen und den Rest der Gesellschaft an sich zu binden, dieses Projekt zeigt sich erschöpft, immer verhärteter und autoritärer. Außerdem, wenn man im Moment des Einnehmens einer Position auf die Arbeiter setzt, wenn man standhaft weiterhin auf die Emanzipation, den Kampf, das Wohlergehen, die Verbesserung der Arbeiterklassen setzt, kann man vorübergehend zurückstecken müssen, aber die Geschichte geht in diese Richtung. Und das ist gut in dieser Zeit, in der sich die ganze Welt in einer Art planetarischem Stumpfsinn befindet, in dem die politischen und sozialen Führer und die Intelligenz nicht wissen, wohin die Welt sich entwickelt.

Ich habe drei Interpretationen gehört, warum der Sieg der MAS so überwältigend und in dem Ausmaß überraschend war. Die erste besagt, dass die Mehrheit der Bevölkerung dafür gestimmt hat, zu jenen zwölf Jahren der vorherigen Regierung zurückzukehren, die nach deiner Meinung immer noch der unübertroffene Horizont dieser Zeit sind. Ein zweites Argument besagt, dass die Regierung Añez (Interimspräsidentin der Putschregierung, d.Ü.) so schlecht war, dass die Menschen sie abwählten und damit die MAS begünstigten. Und eine dritte Überlegung legt den Schwerpunkt auf die Verbindung Arce-Choquehuanca (frisch gewählter Präsident und Vize, d.Ü.), die den Wahlerfolg mit sich gebracht hätte, den die Kombination von Evo und dir nicht mehr erreicht hat. Was meinst du?

Dass es sich bei den drei Interpretationen um verschiedene Aspekte derselben sozialen Situation handelt. Es handelt sich nicht um alternative Ansichten, sondern um Ergänzende. Die Erinnerung an die vorherige MAS-Regierung hat natürlich einen Einfluss gehabt, weil sie es den Menschen ermöglichte, dass ihre Stimme gehört, ihre Identität integriert und ihre Lebensbedingungen

verbessert wurden. Und als die Übergangsregierung kam und versuchte, einen neuen Kurs einzuschlagen, tut sie dies, ohne die Menschen zu integrieren, ohne ihre Identität anzuerkennen, sie stattdessen schlecht zu behandeln und zu verarmen. So konnten die Menschen schnell vergleichen. Es wäre anders gewesen, wenn wir wegen schlechter Politik abgesetzt worden wären, wenn wir das Land in eine Wirtschaftskrise geführt hätten, in eine allgemeine Arbeitslosigkeit und produktive Lähmung, erholt man sich nicht mehr. Wenn es in diesem Fall einfach nur schlechtes Management der Übergangsregierung gewesen wäre, das vorherige aber genauso schlecht war, dann sieht man einfach eine Kontinuität. Die Tatsache, dass es eine Kandidatur wie die von Luis und Choquehuanca gibt, hat auch dazu geführt, dass innerhalb des allgemeinen Projekts der Transformation von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, das von den Gewerkschaften und sozialen Organisationen eingebracht wird, die Fähigkeit besteht, andere Stimmen einzubeziehen. Und dann zeigt sich, dass es sich um ein Projekt handelt, das weiter wächst, dass es in der Lage ist, die Quelle seiner Wurzeln und sein sehr basisbezogenes Rückgrat zu bewahren und die Kraft zu haben, die Führung zu wechseln, ohne dass dies das Produkt von Spaltungen oder Brüchen zwischen einer neuen und der vorherigen Generation ist, sondern dass es sich vielmehr um ein Prozess der Übergabe handelt. Unsere Generation, die eine ganze Etappe hinter sich gebracht hat, begleitet die neue Generation. Bei anderen Gelegenheiten in Bolivien war dies ein Bruch, ein Bruch zwischen dem Alten und dem Neuen, die einander gegenüberstanden. Und hier nicht, es ist ein organischer Übergang. Deshalb sind meines Erachtens die drei Elemente Ausdruck ein und derselben sozialen Situation. Unser Sieg ist strategisch abgesichert und wird auch weiterhin gesichert sein, solange kein alternatives Projekt von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft entsteht. Deshalb haben wir der Opposition 2019 gesagt: Solange ihr kein neues Projekt von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft auf die Beine stellt, das unseres übertrifft und das Erwartungen weckt, werdet ihr immer verlieren, sie werden auch zukünftig verlieren. Sie können mit etwas weniger oder etwas mehr Unterstützung verlieren, aber sie werden weiterhin verlieren. Und dies ist die Bestätigung der allgemeinen Hypothese: Hier und Heute ist in Bolivien von den oppositionellen und konservativen Kräften kein alternatives Projekt von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft hervorgebracht worden. Und das ist ihr Problem. Damit sind sie zum Scheitern verurteilt. Und wenn sich das bis 2025 nicht ändert, wird es so weitergehen. Was die konservativen Kräfte tun, ist, einfach das Alte zu nehmen und es verhärten. Sie fügen ein wenig mehr Autoritarismus, ein wenig mehr Rassismus, eine Dosis Hass, eine Dosis Bosheit, eine Dosis Gewalt hinzu. Das ist kein Projekt, so etwas kann ihnen für eine Weile dienen, aber nicht, um eine dauerhafte Überzeugung zu erzeugen. Politik ist zum Teil die Art und Weise, wie man den vorausschauenden Horizont der Menschen lenkt. Es ist ein Kampf um die Hegemonie dieses gesellschaftlichen Horizonts. Und den haben sie verloren. Sie versuchen, ihn mit Elektroschocks des Hasses, des Grolls, des Rassismus wiederzubeleben, aber man kriert einen Frankenstein. So entwickelt man kein organisches Gesellschaftsprojekt. Ich habe das Gefühl, es ist eine schlechte Zeit für konservative Kräfte in der ganzen Welt. Sie können weiterhin regieren, und sie regieren den größten Teil davon, aber es ist ein schlechter Zeitpunkt. Jeden Tag verlieren sie ein neues Stück dieser Fähigkeit, den Erwartungshorizont der Gesellschaft zu lenken. Der vorausschauende Horizont ist, wenn man aufwacht und weiß was man tun wird. Und was dein Kind, deine Frau und dein Bruder tun werden, was sie für den nächsten Tag, den nächsten Monat oder die nächsten sechs Monate im Kopf haben. Es geht um etwas Konkretes, nicht um eine philosophische Abstraktion: wie Menschen ihr unmittelbares Schicksal voraussehen. Wenn man das nicht lenken kann, wie es jetzt bei konservativen Kräften geschieht, kommt es zu diesem chaotischen Prozess. Der Progressivismus ist eine Reaktion auf die Erschöpfung des Prognosehorizonts des Neoliberalismus. Es ist etwas, auf das man setzt, das voranschreitet, Probleme hat, fällt und wieder aufsteht. Schau dir an, was in Bolivien passiert ist. Die Wiederherstellung der Befehlsgewalt durch die neoliberalen Kräfte in den letzten Jahren ist vorübergehend, es ist eine kurzfristige Wiedererlangung. Du sagst, aber sieh mal, was in Brasilien passiert ist mit Bolsonaro? Und natürlich ist es ein Neoliberalismus dort, aber es ist bereits ein Frankenstein, mit Dosen von Rassismus, Sexismus, Gewalt. In der Lage Wahlen zu gewinnen, aber nicht die Kontrolle über den Vorhersagehorizont haben. Die hatten sie mal, in den achtziger Jahren

sagten sie der Welt, "Es gibt keine Alternative", Thatchers Satz. Was Herr Fukuyama später in philosophischer Sprache beschrieb: "Das ist das Ende der Geschichte". Das können sie jetzt nicht sagen, sie trauen sich nicht, es zu sagen. Niemand weiß, was in der Welt passieren wird.

Lass uns noch einmal auf die aktuelle Lage zurückkommen, um zu sehen, was du von zwei Argumenten hältst, die ich in diesen Tagen höre und die vielleicht nicht so übereinstimmend sind. Das erste geht so: der leichte Sieg der Kombination Arce - Choquehuanca (gerade gewählter Präsident und Vize, d.Ü.), bestätigt er nicht, dass die letzte Wiederwahl von Evo ein Fehler war? Die zweite Interpretation ist eine völlig andere, denn sie besagt, dass das Ziel des Putsches die Beseitigung der „historischen“ Führung (Evo und Linera, d.Ü.) war und dass die MAS, wenn Evo aus dem Spiel ist, eine handhabbarere Kraft für die Machthaber werden könne.

Zu der Frage, ob diese Möglichkeit vorher hätte eingeschätzt werden können, kann man natürlich sagen: "Es ist möglich". Das Interessante daran ist, dass die Entscheidung, gegen das Referendum zu mobilisieren, kein Dekret des Präsidenten war, das die Wiederwahl von Evo anordnet, sondern ein großes Treffen sozialer Organisationen, das in Santa Cruz, in Montero, stattfand. Eine Option bestand darin, sich nach anderen Führungspersonlichkeiten umzusehen, und in der Tat wurden bereits mehrere Namen gehandelt. Und eine andere Position sagte nein, Moment, wir müssen rechtliche Beratung (bzgl. einer mögliche Wiederwahl von Evo, d.Ü.) einholen. Drei Tage lang wurde intensiv debattiert, und am Ende dieser MAS-Versammlung, an der Gewerkschaftergremien Gewerkschafts- und Bauernführer teilnahmen, wurde beschlossen, den bekannten Weg einzuschlagen. Denn es gab die Befürchtung, dass, wenn Evo nicht wieder kandidiert, eine Art Explosion neuer Führungspersonen entstehen würde, mit dem Risiko, dass die MAS gespalten werde, wie es die Erfahrung der großen Parteien zuvor zeigte, auch in der Linken selbst. Wenn der Hauptführer nicht mehr da ist, zum Beispiel Marcelo Quiroga Santa Cruz in der Sozialistischen Partei, wie dann plötzlich PS1, PS2, PS3, PS4 und PS5 entstehen.

Luis Arce kommt von dieser Sozialistischen Partei, richtig?

Ja, von der PS1. Und im Falle des MNR (Movimiento Nacionalista Revolucionario) gibt es keinen Führer, so entstehen MNRI, MNRA, MNRR, MNRZ. Das ist die Sorge, die in der Debatte der Genossen auftaucht. Wir wollten nicht, dass unsere Sache, deren Aufbau so lange gedauert hat und die keine Partei der Intellektuellen, sondern eine Partei der Gewerkschaften ist, der intellektuellen Sektoren angehören, die Fraktionierungen von früher reproduziert. Es war diese Sorge der Genossen, die sie auf den eingeschlagenen Weg führte. Hätte man diese andere Formel versuchen können? Man sagt, wer weiß? Wer weiss, ob es damals nicht bedeutet hätte, dass die Interkulturellen ihre eigene Kandidatur und die CSUTCB (Bauernorganisation) ihre eigene Formel und der COB (Gewerkschaftsdachverband) seine eigene Formel zusammengestellt hätten. Warum hat es jetzt funktionieren können? Weil es einen Aufruf der „historischen“ Führung gegeben hat, der dazu beigetragen hat, die unterschiedlichen Fraktionen zusammenzubringen, aber auch die Verfolgung durch eine Regierung, die das Volk in den Untergrund, ins Exil oder in ein Massaker getrieben hat. Die Möglichkeit, dass der COB mit einem eigenen Kandidaten, dass der Einheitspakt mit einem eigenen Kandidaten antritt oder dass El Alto dasselbe tun würde, war somit ausgeschlossen, weil wir alle angegriffen wurden. Deshalb glaube ich, dass diese Strategie funktioniert hat, wegen dieser besonderen Bedingungen. Wer weiß, ob dies 2019 so funktioniert hätte? Da würde ich Zweifel anmelden.

Und wie stehst du zu der Auffassung, die die Verdrängung der historischen Führung bedauert?

Evo, was die Führung angeht, und ich unendlich viel weniger, kommen aus der Volksorganisation. Bevor wir Regierung wurden, haben wir zwanzig oder dreißig Jahre Basisarbeit, Organisation, politische Bildung gemacht, das ist es, was wir gelernt haben, das ist es, wo wir wirklich

herkommen, das ist unser politisches Wesen. Dass wir jetzt darauf zurückkommen müssen, ist naheliegend. In Wahrheit werden dort Führungen gebildet. Die Führungsqualität von Evo ist nicht vom Staat aufgebaut worden. Dies ist ein Fehler, den die Rechte gemacht hat: "Die Führung von Evo hängt am Staat, ohne öffentliche Mittel gibt es keine MAS mehr". Das dachten sie, und deshalb haben sich im Februar, als die Wahlen angesetzt wurden, Tuto Quiroga und Doria Medina registriert, weil sie dachten, dass es keine MAS geben würde. Dem ist nicht so, denn Evo ist nicht der Staat, seine Führung hat sich außerhalb gebildet, in seinen Demonstrationen, in seinen Mobilisierungen, in seiner Begleitung der Kämpfe vom Land in die Stadt, mit den Arbeitern. Der Staat wurde gestärkt, aber ohne den Staat gibt es immer noch diese von unten aufgebaute Führung. Ich glaube, dass die Führung von Evo beibehalten wird, denn seine Stärke liegt nicht darin, dass er eine Zeit lang Präsident war, sondern darin, dass er es verstand, von unten zu agieren. Und das ist jetzt auf die Probe gestellt worden. Evo hat einen großen Anteil daran, dass sich die sozialen Organisationen nicht mit verschiedenen Kandidaten Konkurrenz machten. Eine von ihnen stieg aus, die Genossenschaftsmitglieder, die seit 2006 immer dabei waren, auch 2019. Aber 2020 haben sie allein kandidiert und bekamen 0,4%, glaube ich. Aber bei den übrigen Organisationen half Evo mit, sie zusammenzuhalten, die Bündnisse zu schmieden. Und das ist der Ort, an dem entschieden wird, ob die Führung von Evo erhalten bleibt, andere Charakteristika erhält oder verwässert wird, je nachdem, was Evo in den kommenden Jahren innerhalb der sozialen Organisationen tun wird.

Welche Rolle willst du in der kommenden Zeit spielen?

Ich sehe mich selbst auch dort. Das ist es, was ich seit 2016 tun wollte. Für die Wahlen 2019 wollte ich nicht antreten, öffentlich habe ich eine Kandidatur ausgeschlagen, aber dann haben meine Genossen darauf bestanden. Ich sehe bei uns ein Defizit, nämlich die politische Bildung der neuen Generationen, der neuen Kader. Politische Bildung ist nicht nur das Lesen eines Buches, sondern eine Möglichkeit, das Leben zu verstehen und das persönliche Schicksal im politischen Schicksal zu begreifen. Das ist Kampf, das ist Debatte, das ist geistige Auseinandersetzung und moralische und logische Vorgehensweise. Die dreizehn Jahre der Regierung, die wir hatten, waren sehr stabil, aber gleichzeitig waren sie von viel Erneuerung der Führungen geprägt. Mit Ausnahme von Evo und mir hat sich der Rest verändert, und jede Wahl brachte 98% neue Abgeordnete, neue Senatoren, neue Bürgermeister und Ratsmitglieder, die aus der Welt der Gewerkschaften, aus der Welt der Landwirtschaft kommen. Es gibt keine Bürokratisierung, aber diese hohe Volatilität der Führungsebenen führt auch dazu, dass Menschen, die Zugang zu Führungspositionen, zu gesellschaftlicher Führung oder zur Staatsebene haben, dies auf die einfache Art und Weise tun: Ich komme von der Basis, werde Gewerkschaftsführer, als nächstes Abgeordneter, dann Bürgermeister, oder Gouverneur oder Minister, fast wie eine Karriere des sozialen Aufstiegs. Das ist nicht schlecht, denn auf diese Weise sieht man Indigene, Arbeiter, Minister, Abgeordnete, Senatoren, Frauen in traditionellen Röcken, wo früher eine durch Inzucht geprägte weiße Klasse das Sagen hatte, die sich als Besitzer dieser Räume fühlte. Aber die soziale Herkunft reicht nicht aus, sie muss auch von einem Geist, einer Reihe von Überzeugungen geprägt sein, die es ermöglichen, Widrigkeiten zu begegnen, der Versuchung der Korruption zu widerstehen, die Stürze, die Niederlagen auszuhalten, wieder auf die Beine zu kommen. Was dich beflügelt, ist deine Überzeugung, nicht nur deine soziale Herkunft. Und im Laufe der Zeit hatte sich dies abgeschwächt. Wir haben gerade eine Kostprobe dessen gesehen, wozu die Rechte fähig ist. Sie ist in der Lage, gewaltsam ein Projekt zu stoppen, das die Kraft hat, sich zu entfalten; und die Verteidigung ist nicht nur eine Frage des Apparats, sondern eine Frage des kollektiven Selbstverständnisses. Solche Elemente müssen gestärkt werden, und da sehe ich mich in Zukunft, das wollte ich schon lange tun. Und nun ist dieses harte, schreckliche, blutige Jahr eine Schule gewesen, weil sie uns die Inspiration wiedergegeben hat. In der neuen Generation junger Menschen, die sich herausgebildet hat, gibt es eine Mentalität, die wir wegen der Regierungsposition nicht mehr hatten. In diesem Geiste bildeten sich die alten Führungen, es sind

die Verfolgten der neunziger Jahre, die der großen Demonstrationen mit Verhaftungen, dort bildete sich ein Bewusstsein der Basis, dann wurde sie zur Staatsführung, und das, was in diesem Jahr des sozialen Kampfes wiedergeboren wurde, muss ausgebaut werden, damit die neue Generation, die das Land führen wird, das, was wir gemacht haben, verbessert und übertrifft und an die nächste Generation weitergibt, in einer Art angereichertem Erfahrungsschatz der verschiedenen Kräfte des Volkskampfes.

Du hast davon gesprochen, wozu die Rechte in der Lage ist, und viele von uns hatten ernsthafte Zweifel daran, dass die De-facto-Regierung die Macht wieder an die MAS zurückgibt. Meinst Du, dass das, was in diesem Jahr in Bezug auf die Aussetzung der Demokratie und der Spielregeln geschehen ist, eine Lektion ist, die man nicht so schnell vergessen sollte, oder war es nur ein Unfall, den wir schnell hinter uns lassen können?

Mein Eindruck ist, dass die Demokratie zunehmend zu einem Hindernis für die konservative Kräfte wird. In den achtziger und neunziger Jahren subsumierten sie die Demokratie unter das Projekt der freien Marktwirtschaft, sie verschmolzen. Und jetzt, in Zeiten der Erschöpfung der neoliberalen Hegemonie, wird die Demokratie zu einem Hindernis. Das wird sich nicht ändern. Bolivien ist ein Beispiel dafür, dass auch schon mal geschossen werden muss und über das Dach zur Regierung gelangt werden kann, also muss man es auch tun. Und die Rechte beginnt in ihrer Verzweiflung, immer mehr auf so etwas zu setzen. Was derzeit in den Vereinigten Staaten ein Präsidenten macht, der Zweifel streut, ob er die Regierung im Falle einer Niederlage abgeben wird, so etwas war in einer so alten Demokratie undenkbar. Die Hypothese ist, dass eine Zeit kommen wird, in der die Träger dieser ermüdeten Hegemonie der Meinung sind, dass die Demokratie ein Hindernis ist. Und paradoxerweise haben in dem Maße, wie die repräsentative Demokratie ihrer Legitimationswerkzeuge des neoliberalen Projekts beraubt wurde, die Möglichkeiten der sozialen Transformation und der Emanzipation die Demokratie als eines ihrer Werkzeuge, ihres Nährbodens und ihres gesunden Menschenverstands absorbiert. Die Demokratie ist nicht Emanzipation, aber über sie können Prozesse größerer Demokratisierung gedacht werden. Oder die Erweiterung des demokratischen Aktes, der einmal alle fünf Jahre ausgeübt wird, in etwas, das jedes Jahr, jeden Monat, jede Woche ausgeübt werden kann. In dem Maße, wie das Volk die Verantwortung für den demokratischen Akt übernimmt, verlieren die konservativen Kräfte die Kontrolle und distanzieren sich von dem demokratischen Akt, weil er nicht mehr ihren Interessen dient. Es diente ihnen so lange, wie es einen allgemeinen Konsens gab, sogar in den Volksschichten: freier Markt, Globalisierung, Privatisierung, Unternehmertum. Damals gab es keinen Streit über gesellschaftliche Utopien, sondern es wurde entschieden, welche Elite das allgemeingültige Projekt leiten sollte. Aber wenn ein anderes Projekt entsteht und beginnt, Stimmen zu gewinnen, dann sagen sie: "Das ist zu viel Demokratie".

Im Jahr 2016 hieltst du an der Universität von Buenos Aires einen Vortrag, in dem du fünf Schwächen eines Zyklus fortschrittlicher Regierungen nanntest, die ins Strudeln gekommen sind und die eines möglichen neuen Aufschwungs: Erstens, die Wirtschaft und die Notwendigkeit, die am meisten Vernachlässigten in den Vordergrund zu stellen - trotz des Drucks der Eliten und der Mittelschichten; zweitens, eine kulturelle Revolution, die eng mit dem zusammenhängt, was du über die politische Bildung sagtest; drittens, eine moralische Reform, die mit dem Aspekt der Korruption verbunden ist, die Erfahrungen in mehreren Ländern betraf; du sprachst auch über historische Führungspositionen; und schließlich, die mangelnde Tiefe der regionalen Integration. Sollten wir aus heutiger Sicht und angesichts dessen, was letztes Jahr in Bolivien geschehen ist, nicht noch die militärische Frage hinzufügen und wie wir mit dem Gewaltmonopol in den heutigen Staaten umgehen sollen?

Ja, das ist es, was uns diese Geschichte gelehrt hat, und wir haben es 2016 nicht klar genug gesehen. Diese autoritäre Wiederkehr des Neoliberalismus, dieser wütende, gewalttätige

Neoliberalismus 2.0, der ohne jede moralische Grenze oder Reue bereit ist, zu Gewalt, zu Staatsstreich, zu Massakern zu greifen, um sich durchzusetzen. Dies ist eine neue Realität, die die linken Kräfte im Rahmen einer Machtübernahme durch Wahlen auf ihre Weise zu bewerten haben, zumindest im Moment. Die linken Kräfte müssen das debattieren, das Risiko auf sich nehmen und darüber nachdenken, dass sie bekämpft, besiegt werden könnte mit Putschversuchen und sogar Paramilitärs, mit denen die Rechte in der Lage ist, gewaltsam die Macht zurückzuerobern. Und dabei gibt es nicht nur die **eine** Möglichkeit. Einige alte Debatten der Linken kehren zurück, aber jetzt in einem Kontext der Massenmobilisierung, der Volksregierungen, der Wahlsiege, der Möglichkeit der Machtübernahme durch Wahlen. Zu dieser neuen Situation, die alte Debatte über das Gewaltmonopol. Weiter kann ich in meinen Überlegungen nicht gehen. Wir müssen diese alte Frage bearbeiten unter den neuen Bedingungen und in einem Kontext, der es uns erlaubt, die Regierung über Wahlen zu erreichen und das Erreichte auch über Wahlen zu verteidigen - aber auch noch etwas anderes. Was ist dieses Andere? Ich weiß nicht, es liegt an jedem von uns, darüber nachzudenken.

Ich habe die Wahlergebnisse der MAS verfolgt: 2005 kam sie mit 53,7% gegen 28,5% in die Regierung; bei der ersten Wiederwahl 2009 erhielten sie 64,2% gegen 26,4%, und 2014 wurden sie mit 61,3% gegen 24,2% wiedergewählt. Letztes Jahr gab es mit 47% gegen 36% der Stimmen die niedrigste Zustimmung. Und nun wird die MAS fast die gleichen Zahlen wie 2005 erreichen. Man könnte meinen, dass wir am Anfang eines neuen Aufschwungs stehen, oder, dass wir in gewisser Weise zum Ausgangspunkt zurückkehren. Und das nicht nur wegen der Wahlergebnisse, sondern auch wegen der Herausforderungen, denen sich die kommende Regierung stellen muss: Wieder einmal haben wir es mit Militärs und Sicherheitskräften zu tun, die das Volk unterdrückten und töteten; wieder einmal scheint die Ostregion von den Oligarchen und Rechtsextremen bestimmt zu werden. Meinst du nicht, dass dies deinen Glauben an eine historische Bewegung, die immer auf dem Weg des Fortschritts ist, ein wenig in Frage stellt?

Man kehrt nie zurück, auch wenn man in bestimmten Aspekten eine Ähnlichkeit mit dem Geschehenen vor fünfzehn Jahren beobachten kann, aber das sind heute andere Umstände. Im Jahr 2005 hatten wir 54%, aber der rechte Flügel von Tuto Quiroga, ein Knallharter, Neoliberaler, Pro-Amerikaner, erreichte fast 30%. Jetzt hat die knallharte Rechte 15% bekommen. Da gibt es noch Mesa, aber er ist ein bisschen von allem, wie sein Charakter. Ein bisschen von diesem, ein bisschen von jenem. Ein wenig konservativ, aber auch ein wenig progressiv. Das ist neu. Dieser Sektor wurde zuvor von Doria Medina vertreten, die 2005 15% erhielt. Es gibt diesen konservativen Sektor, da muss man wachsam sein. Er ist putschbereit, separatistisch, eine Gefahr für die Demokratie. Aber es ist nicht die Rechte, die wir 2005 hatten, es hat sich etwas geändert. Und ich wage zu behaupten, dass Folgendes passiert ist: 2005 exportierte die Agrarindustrie im Osten des Landes Produkte im Wert von 900 Millionen Dollar, während die Exporte von ganz Bolivien 3 Milliarden betragen; in 2019 exportierten wir rund 9 Milliarden Dollar, und die Agrarindustrie steuerte 1 Milliarde bei. Vorher betrug sie ein Drittel, jetzt nur noch ein Neuntel. Sie ist ein wichtiger Sektor, das müssen wir einkalkulieren, aber es ist kein entscheidender Sektor mehr. Zuvor war der Agrarsektor von Santa Cruz vertikal gegliedert: Bauer, Zulieferer von Betriebsmitteln, Sojabohnenverarbeitung und -export. Heute hat der bäuerliche Sektor, der früher Kredite von Unternehmern bekam, den Staat als Zulieferer. Die vertikale Kette ist gebrochen worden. Und so gibt es jetzt noch einen weiteren Wirtschaftssektor, der mit der Regierung verbunden ist und ein Drittel der Sojaverarbeitung betreibt. Was bedeutet das konkret? Wenn dieser Sektor 2005 beschlossen hätte, den Hühnerzüchtern keine Soja mehr zu verkaufen, hätte sich der Preis des Hühnerfleischs in einer Woche verdoppelt und die Leute wären sauer auf die Regierung und die Inflation. Nahrungsmittel sind ein wichtiger Faktor für die Inflationsrate des Landes. Wenn die Agrarindustrie heute aufhörte, Sojabohnen an Produzenten zu verkaufen, kann der Staat sie liefern. Sie ist immer noch ein wichtiger und mächtiger Sektor, aber sie hat nicht mehr diese wirtschaftliche Macht, weil der Staat dort eingegriffen hat. Wenn man an den Privatsektor

herantreten will, um Geschäfte zu machen, muss man dies mit einem starken Staat tun, nicht als Bettelstaat. Denn wenn nicht, wirst du zu einem Anhängsel dieses wirtschaftlich mächtigen Sektors werden. Wenn das Wirtschaftsvolumen 8 Milliarden Dollar beträgt und dieser Sektor 1 Milliarde handhabt, dann ist es schwierig. Jetzt verwaltet er immer noch 1 Milliarde, aber die Wirtschaft des Landes ist auf 42 Milliarden angewachsen.

Und die staatliche Kontrolle in Bolivien ist von 12% auf 35% des BIP gewachsen. Wenn du jetzt also mit dem Unternehmer sprichst, blickst du nicht mehr von unten zu ihm auf. Du kannst eine Vereinbarung mit ihm treffen, weil du diesen Wirtschaftssektor brauchst, aber nicht mehr, weil er ein Herrschaftsfaktor ist, ein Macht- und Kommandofaktor. Was du nicht zulassen darfst, wenn du eine sehr fortschrittliche Regierung bist, ist, dass die wirtschaftliche Macht im privaten Sektor liegt. Das ist gefährlich. Man muss eine Beziehung auf Augenhöhe oder von oben nach unten mit der Wirtschaft herstellen, ohne mit ihr kämpfen zu müssen. So erreicht man eine relative staatliche Autonomie. Aber wenn der Staat keine wirtschaftliche Macht hat, funktioniert die relative Autonomie des Staates nicht. Was du dann hast, ist eine generelle Unterordnung des Staates unter die Wirtschaftsmechanismen, denn sie sind diejenigen, die bestimmen werden, ob es Inflation gibt oder nicht, ob es Beschäftigung und Investitionen gibt oder nicht. Deine fortschrittliche Politik muss sich dann anpassen, denn die wirtschaftliche Macht wird immer noch von den alten Kräften ausgeübt. Um fortschrittlich zu sein, muss eine Regierung früher oder später wirtschaftliche Macht an den Staat übergeben. Nicht absolut: Wir haben nie gedacht und glauben auch nicht, dass es im Sozialismus darum geht, alles zu verstaatlichen. Aber ich wage zu behaupten, dass der Staat 30 % oder mehr des BIP zur Verfügung haben muss. Weniger als 50%, aber mehr als 30%, so dass du einen Spielraum für politische und soziale Entscheidungen hast, die nicht dem Einfluss der großen Konzerne unterworfen sind.

Der progressive Zyklus zu Beginn des Jahrhunderts erfreute sich sehr günstiger internationaler Bedingungen, aber heute ist die Lage nicht nur wegen der Pandemie sehr kompliziert. Die neue MAS-Regierung wird kurzfristig nicht in der Lage sein, gute Wirtschaftsnachrichten zu verkünden. Befürchtest du in diesem Zusammenhang nicht, dass zu viele Zugeständnisse gemacht werden müssen, um eine gewisse politische Stabilität zu erreichen?

Zu deiner Frage zum Thema Gewaltmonopol noch eine Anmerkung. Mit der UNASUR hätte es 2019 keinen Staatsstreich in Bolivien gegeben. Das internationale Umfeld trägt auch dazu bei, den politischen Druck zu regulieren. Das ist sehr wichtig. Im Jahr 2008 hatten wir eine ähnliche Situation, sogar noch radikalisiert durch die Konservativen. Aber es gab eine Neutralität in Polizei und Militär, die sehr stark vom kontinentalen Umfeld beeinflusst war, das darauf achtete, dass die Rechtsstaatlichkeit nicht übertreten oder ignoriert wurde. Und das reichte aus, trotz des Geldes, das damals unter den Militärkommandanten zirkuliert haben muss. Dies muss bei der allgemeinen Bewertung dessen, wie auf die Vorstöße der konservativen Kräfte reagiert wird, berücksichtigt werden. Ein fortschrittlicher, demokratischer regionaler Kontext hilft enorm. In Gegenwart der UNASUR hätten Polizei und Militär keinen Staatsstreich gewagt. Weil es eine typische Mobilisierung der Mittelschicht war, eine der klassischen Mobilisierungen, die 2008, 2011, 2017 stattfanden, handhabbar im Rahmen der lateinamerikanischen Kollektivtheorien. Aber wenn Polizei und Militär mitmachen, ist das kein kollektives Handeln mehr, sondern ein Staatsstreich. Das ist nur in Zeiten sehr konservativer Regierungen in Südamerika möglich.

Noch eine Anmerkung zu deiner Anmerkung: 2019 gab es eine Wahlbeobachtung der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten), aber 2020 hatte die UNO mehr Bedeutung und Europa war sehr präsent und verdrängte in gewisser Weise die Vereinigten Staaten. Gibt es eine Hypothese, warum?

Die Aufgabe von Evo und mir bestand darin, Europa, die Carter-Stiftung und die südamerikanischen Institutionen zu bitten, die Wahlen zu beobachten. Nicht, dass sie sich einmischen würden, sondern nur, dass sie Unregelmäßigkeiten beobachten und melden würden. Dann rückt die OAS mit all ihren „Truppen“ an, aber es gab schon zahlreiche Beobachter aus der Europäischen Union, von Parlamenten lateinamerikanischer und europäischer Länder, der Carter Foundation, der Stiftung ehemaliger Präsidenten, die eine logistische Struktur einrichteten, damit es keine Unregelmäßigkeiten gab. Aus diesem Grund war der Einfluss der OAS geschwächt. Der internationale Kontext, der für die Transparenz der Wahlen in Bolivien mobilisiert wurde, hat viel dazu beigetragen, dass die OAS nicht wie 2019 agieren konnte (und fälschlicherweise Wahlbetrug behaupten konnte, d.Ü).

Kehren wir zu der Ausgangsfrage zurück: Die neue Regierung wird ihr Amt vor dem Hintergrund einer Wirtschaftskrise antreten. Bist du besorgt, dass sie zu viele Zugeständnisse machen muss, um politische Stabilität zu erreichen?

Als wir 2005 ins Amt kamen, fanden wir feindliche Bedingungen für uns vor, aber wir schafften es, eine Reihe Entscheidungen treffen, die es uns ermöglichten, diese Widrigkeiten mittelfristig zu überwinden. Eine davon war die Verstaatlichung von Bereichen mit hoher Rentabilität, aber nicht die von Bereichen mit niedriger Wirtschaftskraft. Wir hätten die Fluggesellschaft verstaatlichen können, was 200 Millionen Dollar gekostet hätte. Wozu? Das wäre Ballast, den muss man nicht verstaatlichen, so sehr man auch die Luftsoveränität wünscht. Eine Totgeburt. Wir haben das Öl und Gas verstaatlicht, weil es dort Gewinne gab. Andere Bergwerke haben wir nicht verstaatlicht, weil sie nicht rentabel waren. Das klingt sehr pragmatisch, aber was machst du hinterher mit einem gekürzten Staatshaushalt? Gibst du das Geld zur Tilgung privater Schulden aus? Das ist keine Verstaatlichung, sondern die Privatisierung weiterer öffentlicher Ressourcen. Konzentrier dich dort, wo Mittel vorhanden sind: Wir sicherten uns Öl und Gas und die Telekommunikation. Dadurch konnte der Staat im folgenden Jahr einen Überschuss erzielen. Wir haben die Telekommunikation mit 100 Millionen Dollar verstaatlicht, die jedes Jahr Gewinne abwirft. Bei den Kohlenwasserstoffen zahlten wir in mehreren Jahren etwa 600 Millionen Dollar, aber dann erzielst du beim Öl ein Einkommen von 1,5 Milliarden Dollar pro Jahr, später sogar 2 Mrd., und als die Gaspreise stiegen, erreichte das Einkommen 4,5 Milliarden Dollar liquide Einnahmen für den Staat. Das ermöglicht, öffentliche Ausgaben für deine Politik zu bestreiten.

Dafür gibt es jetzt nicht mehr viel Luft.

Das ist jetzt natürlich eine andere Situation, klar, aber wir müssen feststellen, welche Bereiche einen Überschuss erzielen. Wenn es die nicht gibt, setzt du andere Optionen um. Wir haben es im Regierungsprogramm festgeschrieben: Wir werden die Auslandsschulden für einige Jahre nicht bezahlen, wie Argentinien es getan hat. Für Bolivien sind es 600 Millionen Dollar pro Jahr. Damit hast du zwar keine super öffentlichen Investitionen, wir setzten sie auf 8 Milliarden pro Jahr, aber es ist schon etwas. Die andere Option ist eine Besteuerung großer Vermögen, die es in Bolivien nicht gibt. Sie betrifft Personen, die ein Jahreseinkommen von mehr als fünf Millionen Dollar haben. Sie muss kommen, es geht nicht darum, dass man ihnen ihre Unternehmen wegnimmt, sondern dass die Reichtümer, die sie angesammelt haben, dem Land wieder zugeführt werden müssen. Dann hast du das Geld, das in Steueroasen verschwunden ist. Wie funktioniert ein Steuerparadies? Du bist z.B. ein Sojaexporteur, du verkaufst sie für 400 Dollar pro Tonnen in die USA, aber in Bolivien gibst du an, dass du sie für 200 Dollar pro Tonne verkauft hättest: der Rest landet in Panama, auf den Jungferninseln. Aber darüber gibt es eine Dokumentation. Tatsächlich taucht Camachos (Oppositionspolitiker, d.Ü.) Familie im Kontext der Panama Papers auf: Sein Vater war steuerflüchtig, das ist ein Verbrechen. Du kannst nun eine Art Amnestie erlassen. Wenn er in das Land zurückkehrt und das Geld reinvestiert, gehört es ihm, und es gibt keine Strafe. Wenn er es nicht rückführt, beginnen die Schulden und Strafen. Er zahlt so oder so. Dann musst du das Geld

von den Banken umlenken. Was wir getan haben, war eine Art leninistische Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Produktivkapital: 60 % des Geldes der Banken werden per Gesetz zu einem festen Zinssatz von 5 % an den produktiven Sektor ausgeliehen. Dadurch wird Geld in die Wirtschaft gepumpt, um zu akzeptablen Kosten Arbeitsplätze zu schaffen. Dann gibt es die Umverteilungspolitik über Löhne und Transfers in Ländern wie dem unseren, wo die Haushalte 48% für regionale Nahrungsmittel ausgeben. Dieses Geld kommt wieder in Umlauf, es belebt die Wirtschaft. Ein guter Teil des Volkseinkommens kommt zurück, es ist eine Reinvestition. Wenn behauptet wird, dieser Lohn sei inflationär, so ist das nicht wahr, in den weniger verdienenden Bereichen ist das nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch Teil der Dynamik des Binnenmarktes im Interesse der kleinen und mittleren Produzenten. Was die gegenwärtige (Putsch-)Regierung getan hat, ist, den Banken Geld zu geben nach amerikanischer Art, damit diese den Sektor beleben. Nein, mein Lieber, so läuft das nicht: Man muss unten etwas geben, damit es von unten nach oben kommt. Nicht umgekehrt.

Glaubst du, dass es eine Möglichkeit für kurzfristige wirtschaftliche Verbesserungen gibt, die für die Bevölkerung spürbar sind?

Ja, um das wiedergutzumachen, was in diesem katastrophalen Jahr nicht nur wegen der Pandemie, sondern auch wegen des schlechten Managements der Regierung verloren ging. Aber natürlich sind die Instrumente begrenzter als die von 2008, 2009 und 2010. Wichtig ist, dass die Menschen sehen, dass das Wenige, das Mittlere oder das Viele, das du tust, den bedürftigsten Menschen zugute kommt und du nicht einige wenige bevorzugst. Denn es mag Zeiten der Knappheit und Probleme geben, aber wenn du das wenige Geld benutzt, um es denen zu geben, die mehr haben, dann liegst du falsch.

Glaubst du nicht, dass es ein Problem in der Wirtschaftsstruktur gibt, die zu einem Korsett wird, so dass man an eine Grenze stößt, wo man keine andere Wahl hat, als die egalitäre Dynamik zu bremsen, und dann geht man entweder rückwärts oder man stellt die Struktur in Frage?

Das Problem des Postkapitalismus wird nicht durch ein Dekret gelöst, es geht nicht darum, alles zu nationalisieren und du befindest dich bereits im Sozialismus. Das funktioniert nicht. Wir werden ein anderes System als den Kapitalismus in dem Maße sehen, wie die Gesellschaft die Eigentums- und Produktionsbeziehungen demokratisiert. Und das macht man nicht per Dekret. Regierungen machen keinen Sozialismus, die Möglichkeit zur Herausbildung des Sozialismus wird davon abhängen, dass die Gesellschaft die Eigentums- und Produktionsverhältnisse ganz praktisch demokratisiert. Und eine fortschrittliche Regierung kann sich darauf stützen, wenn sie das ausstrahlt. Natürlich gibt es die Vorstellung, dass der Sozialismus das Ergebnis einer Entscheidung ist, bei der die Avantgarde die Geschichte umlenkt. Das funktioniert nicht. Die einzige Möglichkeit besteht darin, dass die Gesellschaft sich durch bestimmte Umstände veranlasst sieht, sich zu sozialisieren, zu besetzen, zu kontrollieren und zu verwalten. Und wenn das geschieht, dann kannst du dich hineinstürzen; wenn das aber nicht geschieht, wenn das, was geschieht, ein Kampf um Anerkennung, um Umverteilung, um Teilhabe ist, dann begleitest du diesen Kampf. Die Grenzen einer fortschrittlichen Regierung sind die Grenzen der Gesellschaft selbst. Und wenn sich die Gesellschaft hoffentlich in Richtung postkapitalistischer Horizonte radikalisiert, muss eine fortschrittliche Regierung diese Erfahrung begleiten und untermauern. Die Frage ist: Gibt es heute ein kollektives Handeln, eine soziale Bewegung in Lateinamerika, die einen sozialistischen Horizont schaffen möchten?

Nein. Aber es gibt postkapitalistische Perspektiven, die in diesem Jahrhundert entstanden sind und keine Erben des Sozialismus sind.

Welche?

Feminismus, Umweltschutz, Solidarwirtschaft, Bewegungen, die die Vorherrschaft des Kapitals, die Logik des Reformismus und der Modernisierung in Frage stellen, gerade wenn sie wie ihr pluralistisch organisiert organisiert sind. Andererseits hat mich ein kürzlich erschienener Artikel von dir über die „Pititas“ (rechte Gruppen) beeindruckt, in dem du argumentierst, dass die Mittelschichten Träger des Faschismus sind. Dies ist ein weit verbreitetes Problem in fortschrittlichen Regierungen: der Verlust der Dialogfähigkeit mit den städtischen Sektoren, insbesondere in den Großstädten.

Das ist ein sehr wichtiges und komplexes Thema. Jede Gesellschaft hat ihre eigene Geschichte des Mittelstands. Das jüngste Geschehen in Bolivien ist ein aktuelles Beispiel. Die traditionellen Mittelschichten sind nach 1952 entstanden, wir sprechen von einer fünfzigjährigen Geschichte. Argentinien kann auf eine mehr als hundertjährige Geschichte zurückblicken. Im Fall von Bolivien hat ein Teil dieser Mittelschicht sehr auf den Neoliberalismus gesetzt, auf diese Erzählung, auf die Illusion von Modernität, der Globalisierung, guter Spirit, New Age, einen gewissen Feminismus, einen gewissen Multikulturalismus, einen gewissen Ökologismus. Und sie setzte viel auf diesen fortschrittlichen Neoliberalismus, der überall auf der Welt entstand. Und als die Erzählung begann Risse, Schwächen, Erschöpfung zu zeigen, begann ein Teil dieser Mittelschicht, der auf Sanchez de Lozada (früherer Präsident, d.Ü.), auf das am stärksten globalisierende Projekt gesetzt hatte, mit großem Interesse auf Basisprojekte zu schauen, die sich gerade abzeichneten. Unsere politische Ziel war, diesen Sektor zu sammeln, ihn einzubeziehen, ohne die Mittelschicht zu privilegieren, egal wie einflussreich sie war. Wir privilegierten die sozialen Möglichkeiten der verarmtesten, marginalisiertesten Sektoren. Während der Mindestlohn für einen Fabrikarbeiter, eine Hausangestellte oder eine Arbeiterin in einer kleinen Werkstatt im Jahr 2005 bei 50 Dollar lag, erhöhte er sich in unserer Regierungszeit auf 300 Dollar. Und das Gehalt eines Universitätsprofessors mit 20 Jahren Diensterfahrung, das 2000 Dollar betrug, stieg in diesen Jahren auf 2.500 Dollar. Es ist nicht gesunken, aber es ist in geringerem Maße gestiegen. Ihre Lebensqualität wurde nicht schlechter, aber sie verbesserte sich mehr für diejenigen am unteren Ende der Skala. Und zur Zeit der Steuererhöhung wurden für die von unten kommenden Sektoren die Steuern nicht erhöht. Auch bei den Besserverdienenden stiegen die Steuern nicht, aber die Durchsetzung der Steuerpflicht führte zu einer Anpassung ihrer Bezüge. Das hat den Mittelstand aufgebracht. Ihre Vorbehalte sind weniger ideologischer als vielmehr materielle Natur. Diese Unzufriedenheit akkumulierte, verdichtete, verbalisierte sich und konstituierte Erzählungen gegen die „extraktivistische“ Regierung.

Darüber hinaus hat Evo sich das Gehalt gekürzt und ein Dekret erlassen, nach niemand im öffentlichen Sektor mehr verdienen darf. Ein Präsident in Bolivien verdiente normalerweise 35.000 Bolivianos, Evo reduzierte es auf 15.000, also um mehr als die Hälfte. Dann wurde die Grenze auf Protest der Akademiker auf 20.000 erhöht, aber es gab eine Obergrenze, während die Einkommen der unteren Schichten weiter wuchsen. Der einfache Arbeiter mit einer durchschnittlichen Ausbildung erreichte in zwölf Jahren einen Anstieg um 400%, während die Inflation in den 12 Jahren bis zu 50% betrug. Die Verbesserungen hatten also verschiedene Geschwindigkeiten nahmen verschiedene Formen an. Was folgte daraus? Es gab eine riesigen Ausweitung des Mittelstands. De facto sind in den 12 Jahren unserer Regierung so viele in den Mittelstand aufgestiegen, wie zuvor in 50 Jahren. Es gab zuvor drei Millionen Menschen mit mittleren Einkommen, das macht 30% der Bevölkerung, und in einem Jahrzehnt erreichten weitere 30% der Menschen ein mittleres Einkommen. Zwar hat sich die Position der drei Millionen nicht verschlechtert, aber sie haben an Bedeutung verloren. Denn jetzt konkurrieren sie mit anderen um einen Arbeitsplatz bei Beratungsfirmen, in Kleinunternehmen, um die Ausstattung der Kommunen. Und sie sind sogar ein wenig im Nachteil, weil die Neuen ethnische und indigene Eigenschaften haben, die jetzt auf staatlicher Ebene mehr geschätzt wird als das Weiße. Der Sohn des Gewerkschaftsführers oder der Sohn eines Arbeiters oder eines Kommunalen, der an die Universität gegangen ist und ein kleines Unternehmen gegründet hat, um das Arbeitsministerium

mit Papier zu versorgen, hatte nun eine bessere Chance für diesen Vertrag, da sein Vater den Minister kennt, der ein Gewerkschaftsführer ist. Was wir im November (2019) gesehen haben, ist eine Zurückweisung der Gleichheit, eine Mobilisierung gegen die Gleichberechtigung, gegen die Indigenen, denn die Indios sollten auch weiterhin Indios bleiben, Arbeiterinnen, Hilfsarbeiter, Straßenverkäuferin, Hausangestellte, Marktfrau, aber doch nicht, dass ihre Kinder an die Universitäten gelangen, auch nicht in die privaten, und nicht eine Wohnung im selben Haus kaufen können, wo die guten Menschen leben, die Menschen mit einem guten Namen. Das hat sich aufgestaut und ist explodiert.

In diesem Zusammenhang wurde das Umweltthema, sagen wir, instrumentalisiert. Nämlich in den Monaten des Jahres 2020 (der Putschregierung, d.Ü.) ist in Bolivien genauso viel Wald verbrannt wie im Jahr zuvor. Es war zwar ein Skandal, aber es gab keine Demonstrationen und keine Influencer, die gegen diese räuberische Regierung zu Felde zogen. Es ist klar, dass die Linke die Umweltproblematik aufgreifen muss. Man kann keine linke Debatte führen, ohne die Ökologie zu thematisieren. Aber es gibt auch einen konservativen Umweltschutz, bestimmter Sektoren der Linken und NGOs, die letztes Jahr in den Netzwerken gegen die „extraktivistische“ Regierung zu Felde zogen, die die Wälder Boliviens verbrannte, aber sich dieses Jahr nicht die Bohne dafür interessierten, dass die gleiche Menge an Wäldern verbrannte, sie kritisieren nichts.

Aber kann die Regierung eines Entwicklungslandes wirklich die Herausforderung der Umweltproblematik seitens des Staates bewältigen?

Sie muss es tun. Denn die Umweltfrage verbindet dich mit deinem indigenen Erbe, das mit der Natur als lebendiger Einheit verbunden ist, aus der du auch Dinge entnimmst, aber den Kreislauf von Geben und Nehmen entsprechend den nächsten Generationen aushandelst und erneuerst. Es kann also keine Regierung mit indigener Prägung geben, die dieses Thema nicht dauerhaft in den Fokus rückt. Und außerdem ist es ein sensibles Thema für die neuen städtischen Generationen. Aber ich denke, dass es in unserem Fall überdimensioniert ist. Hier eine Information: Man sagt, dass wir die Wälder abholzen, um sie in Land für die Agroindustrie umzuwandeln. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche in Bolivien beträgt 3% einschließlich der Agroindustrie und des bäuerlichen Sektors. Deutschland, das von seiner Industrie lebt, die die Fabrik Europas ist, nutzt 15% seiner Fläche für die Landwirtschaft und gilt als grünes Land, und verfügt über die leistungsfähigsten Technologien der Welt. Wenn wir 4% der Landwirtschaft nutzen wollten, was viel weniger ist als in jedem anderen lateinamerikanischen Land, wird dies als ein Holocaust an der Natur dargestellt. Es gibt eine übertriebene Qualifizierung des Extraktivismus.

Seien wir vorsichtig, übernehmen wir Verantwortung, aber lassen wir uns und unsere lateinamerikanischen Völker nicht die Verantwortung in die Schuhe schieben. Ich wehre mich gegen diese Schuldzuweisung gegenüber unserem Land und einer Bevölkerung, die, in Tonnen gemessen, ein Zehntel der Treibhausgase eines europäischen Umweltschützers ausstößt, mit grünen Technologien, Autos, Elektrizität, weil ihre Lebensweise zehnmal mehr Treibhausgase verursacht als unser Genosse in Bolivien, Argentinien oder Kolumbien, die einen durchschnittlich niedrigeren Lebensstandard haben. Man kann uns nicht die Verantwortung für die Rettung der Welt aufbürden. Übernehmen wir Verantwortung, ersetzen wir fossile Energie durch alternative Energie. In Bolivien stammen bereits 13% aus erneuerbaren Energien. Es könnte ein bisschen mehr sein, die Europäer haben viel mehr angepeilt. Aber von 0 auf 13% in zehn Jahren zu kommen, ist ein beachtlicher Schritt. Und unser Ziel für 2025 ist, dass 25% der intern genutzten Energie alternativ sein soll. Es sieht Alternativen für Gas- und Ölexporte vor, ohne dabei Einkommen zu verlieren, das zur Schaffung von Mindestbedingungen im Gesundheits- und Bildungswesen erforderlich ist. Aber wir sollten unseren Völkern nicht die Verantwortung aufbürden, eine Anstrengung zu unternehmen, die von der ganzen Welt getragen werden muss. Du kannst nicht verlangen, dass ein ganzes Land die Erdölförderung von heute auf Morgen einstellt, weil es ein Komplize der Umweltzerstörung ist. Wie kann ich den Export von Erdöl, das Einnahmen in Höhe von zwei Milliarden Dollar bringt, einstellen, womit kann ich es ersetzen? Zumindest brauchen wir

eine Zeit des ökologischen Übergangs, damit die ökologische die soziale Frage begleitet und nicht von der sozialen Frage getrennt wird. Ich glaube, es gibt einen umweltpolitischen Ansatz, der das Soziale versteinert hat und sich auf die Umwelt konzentriert. Das Soziale ist auch Teil der Landschaft. Es sind die kleinen Postkartenindianer, die sie auf immer bleiben sollen. Aber dieser indigene Genosse will seine Schule, will seine Straße, will sein Krankenhaus, will sein Internet, will seine Elektrizität. Er will Bedingungen, zu deren Erfüllung wir beitragen müssen. Man muss das tun, indem man Umweltmaßnahmen mit sozialen Maßnahmen gemeinsam artikuliert. Man kann keine Prioritäten für Umweltmaßnahmen setzen und dabei das Soziale außer Acht lassen. Ja zum Umweltbewusstsein, aber mit Antworten auf soziale Erfordernisse.

Zum Schluss: Wie siehst du die nächsten Monate, die nächsten Jahre, in welcher Phase werden wir unmittelbar leben? Ich bitte dich, nicht deine Wünsche zu formulieren, sondern deine Analyse.

Es ist eine sehr chaotische Zeit für die ganze Welt. Es ist eine Zeit, die kein vorbestimmtes Schicksal hat. So ist es immer ein bisschen, aber Hegemonien lassen einen glauben, dass das, was kommt, bereits geschrieben steht. Denn wenn die Menschen nicht nur ein vorbestimmtes Schicksal leben, sondern glauben, dass es nicht vorbestimmt ist, sondern das, was heute geschieht, und zwar nicht nur zwischen Gruppen von Philosophen oder Aktivisten, sondern ganz allgemein in einer Art gemeinsamen gesunden Menschenverstand, dann sind dies sehr intensive und sehr kreative Momente. Es kann einen sehr konservativen Weg geben, indem man den Prognosehorizont in den Köpfen der Menschen neu schreibt; oder es kann fortschrittlichere Optionen geben. Es ist also eine ambivalente Zeit, denn sie kann von viel Schmerz, Leid und Tragödien geprägt sein; sie kann aber auch von großen Heldentaten, von kollektivem Erfindungsreichtum geprägt sein, die die Welt auf positive Weise voranbringen. Ich glaube, es werden sehr turbulenten Zeiten sein, und es ist eine große Herausforderung für die linken und progressiven Kräfte zu wissen, dass man sich nicht in normalen Zeiten befindet. Suchen wir nicht nach Normalität, es wird keine geben. In den Turbulenzen müssen wir Handlungslinien schaffen, uns auf den Wellenkamm stellen, damit wir nicht untergehen und von der Welle zerstört auftauchen.

Es erfordert viel Kreativität und das Wissen, dass das alles sehr unbeständig ist. Ich glaube nicht, dass wir die letzten zehn Jahre, 2005-2015, noch einmal erleben können, mit dem Wind in den Segeln, das wird für niemanden auf der Welt passieren. Weder für die konservativen noch für die linken Kräfte. Und wir werden permanent unsere Fähigkeit auf die Probe stellen müssen, die Zeit zu nutzen, durch innovative Vorschläge, Initiativen und Diskurse. Es ist eine hochproduktive Zeit, die es wert ist, gelebt zu werden. Es gibt keine bessere Zeit als diese für jemanden, der sich der Geschichte verpflichtet fühlt. Kleine, zielgerichtete und strukturierte Aktionen können große Effekte für verschiedene Seiten erzeugen. Wenn man aus dem Engagement der Linken kommt, fortschrittlich, revolutionär, dann ist dies seine Zeit. Nicht wegen der bevorstehenden Siege, denn es kann sowohl außergewöhnliche Siege als auch furchtbare Niederlagen geben. Wer hätte vor einem Jahr, als wir am 12. November 2019 Bolivien verließen, am nächsten Tag in Mexiko gedacht, dass wir ein Jahr später die Wahlen gewinnen würden?

Hattest du mit einem längerem Exil gerechnet?

Ja! Wir wussten, dass dies (der Putsch, die Interimsregierung, d.Ü.) von kurzer Dauer sein würde, aber so kurz haben wir nicht erwartet. Es war kein zukunftsfähiges Projekt, hätte aber durchaus vier oder fünf Jahre dauern können. Aber so kam es nicht. Diese Art von Veränderung der politischen Szenerie könnte eine globale Norm werden, von den Vereinigten Staaten bis China... obwohl China vielleicht der stabilste Ort ist, aber es wird auch Probleme kriegen. So sehe ich die Welt. Ich denke, es ist eine großartige Zeit, sich zu engagieren, zu kämpfen, zu organisieren, zu erfinden, jung zu sein. Deshalb beneide ich euch wirklich, denn in gewisser Weise brechen interessante Zeiten an. Die Zeit ist gekommen. Aber wir wissen nicht, wohin es gehen wird.

Und was wirst du jetzt tun?

Das was ich immer getan habe, ich bin Kommunist, ein Verschwörer: organisieren und lehren. Ich denke, ich kann bestimmte Dinge an die Menschen, an neue Generationen weitergeben. Was jetzt zu tun ist, hat nichts mit einer Wiederholung dessen zu tun, was wir getan haben, aber es kann helfen, viele Fehler zu vermeiden, aus denen man in all der Zeit gelernt hat. Und die Ohren für die Zukunft ein bisschen zu spitzen. Ich sehe mich in einer Funktion, die ich schon vor meinem Amt des Vizepräsidenten ausgeübt habe: schreiben, Konferenzen geben, Kurse besuchen, politische Kader bilden, in der Welt der Gewerkschaften organisieren, in der Welt der bäuerlichen Landwirtschaft organisieren, Fernsehen machen, Radio machen, für den gesunden Menschenverstand, für eine neue gemeinsame Vernunft kämpfen. Ich habe dies getan, seit ich 14 Jahre alt war, und ich nehme an, dass ich dies bis zu meinem Tod machen werde.

Hast du Lust, nach Bolivien zurückzukehren?

Ja, wir müssen zurück nach Bolivien. Wir müssen auf die Mindestbedingungen der Rechtsstaatlichkeit warten, um als aufrechter Staatsbürger zurückkehren und sich als normaler Bürger verteidigen zu können, ohne Angst zu haben, im Gefängnis zu landen, weil ich einen gewissen Namen habe. Sobald die Mindestvoraussetzungen der Rechtsstaatlichkeit erfüllt sind, werden wir wieder das tun, was wir immer getan haben.

BS und übersetzt mit www.DeepL.com/Translator (kostenlose Version)

Das Originalinterview in der Zeitschrift Crisis

<https://www.nodal.am/2020/10/alvaro-garcia-linera-exvicepresidente-de-bolivia-el-proyecto-nacional-popular-que-ha-postulado-el-mas-sigue-siendo-el-horizonte-insuperable-de-este-tiempo-2/>